



Lebensader A45 – Menschen vor Ort brauchen zeitnahe Lösungen und konkrete Unterstützungsangebote!

Die SGK NRW fordert konkret:

1. Den Neubau der Talbrücke Rahmede mit höchster Priorität im Bund und im Land NRW voranzutreiben; mit allen Möglichkeiten eines maximal beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahrens.
2. Ein Sofortprogramm zur Überprüfung und Priorisierung sämtlicher notwendiger Sanierungs- und Neubauvorhaben von Brückenbauwerken entlang nordrhein-westfälischer Autobahnen, insbesondere aller Brücken entlang der A45.
3. Die Einrichtung eines regelmäßigen Austausches zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, IHK, StraßenNRW, Autobahn GmbH und Kommunen sowie den Abgeordneten aus Land und Bund („runder Tisch“).
4. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für alle auftretenden Fragestellungen, die Bündelung sowie die Beschleunigung der jetzt notwendigen Maßnahmen.
5. Die Unterstützung von betroffenen Kommunen bei der überregionalen Umleitung von Schwerlastverkehren sowie die Einrichtung einer frühzeitigen Warnung und Umfahrungsbeschilderung des gesperrten Bereiches von Norden und Süden sowie im regionalen Straßennetz von Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalstraßen einen regionalen „Mobilitäts-Krisenplan“ zu erstellen, der auch die Einsatzpläne und Erreichbarkeitszeiten z.B. von Rettungsdiensten berücksichtigen muss.
6. Finanzielle Hilfen und Fördermaßnahmen für die Anwohnerinnen und Anwohner der Ausweichstrecken bei der kurzfristigen Schaffung von Lärmschutzmaßnahmen sowie die Unterstützung betroffener Unternehmen und Gewerbetreibenden in der Region. Außerdem soll ein eigener Hilfsfonds für Betroffene, die durch die Sperrung der maroden Autobahnbrücke in Not geraten sind, eingerichtet werden.
7. Ferner die finanzielle Unterstützung betroffener Kommunen bei der Kompensation drohender Steuerausfälle aufgrund der Sperrung sowie die Einrichtung eines Sonderfonds zur Instandsetzung der durch die zusätzlichen Verkehre beschädigten Infrastruktur der Kommunen.
8. Sicherzustellen, dass beschädigte Landesstraßen direkt nach Ende der Sperrung saniert werden.
9. Die Entwicklung von langfristigen Lösungen zugunsten von Unternehmen mit Blick auf die Verlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene.
10. Eine Bundesratsinitiative der NRW-Landesregierung zur Beschleunigung langer Planungsverfahren, insbesondere bei überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten auf den Weg zu bringen. Dabei kann eine Evaluierung und ggf. Reaktivierung des sogenannten „Verkehrswegeausbaubeschleunigungsgesetzes“ geboten sein, das nach der Wiedervereinigung 1990 einen sehr schnellen Ausbau der Infrastruktur in den „neuen Bundesländern“ ermöglichte.

Begründung

Die Sperrung der A45 zwischen Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord bedeutet einen enormen Einschnitt für die Menschen und Unternehmen in Südwestfalen. Die A45 ist eine der zentralen Nord-Süd-Achsen des Landes sowie die wichtigste Verkehrsader der Region. Sämtliche Lebensbereiche sind von dieser Sperrung betroffen, Anwohnerinnen und Anwohner, Pendlerinnen und Pendler, Unternehmen und Kommunen.

Grund für die Sperrung sind tiefgreifende Mängel, aufgrund derer die bereits seit Jahren marode Talbrücke Rahmede als nicht mehr befahrbar eingestuft wurde. Die Autobahn GmbH hat erklärt, dass ein Neubau unausweichlich sei und wohl mindestens fünf Jahre in Anspruch nehmen werde.

Eine damit einhergehende jahrelange Unterbrechung dieser Verkehrsverbindung würde einen untragbaren wirtschaftlichen Schaden nicht nur für die Region bedeuten. Sowohl für die heimische Wirtschaft als auch für die nationalen und internationalen Speditions- und Logistikunternehmen ist die Sperrung äußerst problematisch. Auch Pendler müssen auf unabsehbare Zeit Umwege in Kauf nehmen. Diese Umwege stellen nicht nur eine enorme zeitliche und finanzielle Belastung dar, sondern belasten durch die hierdurch verursachten Staus auch die Umwelt. Auch mit Blick auf den ohnehin schon vorhandenen Fachkräftemangel gilt es an dieser Stelle schnelle Lösungen und vor allem konkrete Hilfsangebote zu erarbeiten.

Die durch die Sperrung massiv angestiegenen Emissionen in den betroffenen Kommunen aufgrund des dramatisch gestiegenen Fahrzeugaufkommens, sind ein unhaltbarer Zustand. Ebenfalls wird die kommunale Infrastruktur, das Eigentum und die Gesundheit vieler Privatpersonen durch die zusätzlichen Verkehre stark in Mitleidenschaft gezogen.

Im Hinblick auf die Verkehrssicherheit für die Menschen vor Ort, die Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer sowie für Kinder und Jugendliche entsteht ein großes Gefahrenpotenzial, was das Leben vor Ort negativ beeinträchtigen kann, je länger die Wiedereröffnung der Strecke auf sich warten lässt.

Auch die regionale Daseinsvorsorge sowie die kommunale Infrastruktur werden durch die Sperrung stark in Mitleidenschaft gezogen.